Jahresabschluss 2007

Anhang

I. Darstellungsform und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 wurde – ohne Versicherungsaufsichtspflicht - nach den Vorschriften der §§ 21 ff. Eigenbetriebsverordnung NRW i. V. m. den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung kassenspezifischer Besonderheiten entsprechend § 55 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (VAG a.F.) aufgestellt.

Zur Ermittlung des Gesamtabchlusses werden zunächst Teilabschlüsse getrennt für die Versicherungszweige der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung aufgestellt und anschließend, nach Aufrechnung interner Vorgänge, zum Gesamtabchluss der ZVK zusammengefasst.

Die einzelnen Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind mit Verweisziffern auf die Erläuterungen im Anhang versehen.

Der entsprechende Betrag des vorhergehenden Wirtschaftsjahres wird zu jedem Posten in der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung angegeben.

II. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden ab dem Wirtschaftsjahr 2007 zu Nennwerten bewertet. Bisher erfolgte die Bewertung nach Anschaffungskosten einschließlich Agio bzw. Disagio. Agien und Disagien werden nunmehr gesondert als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und planmäßig über die Laufzeit der zugrunde liegenden Wertpapiere aufgelöst. Die Ausweisänderung führte im Berichtsjahr zu einer Umbuchung des Agios über 3.058.091,89 EUR von den Namenspapieren in den Posten Aktive Rechnungsabgrenzungsposten. Die Aufwendungen aus der Auflösung des Agios werden ab dem Berichtsjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Zinserträgen aus Kapitalanlagen gekürzt. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis als Abschreibungen auf Kapitalanlagen. Im Berichtsjahr fielen daraus Aufwendungen von 479.810,15 EUR (Vorjahr 656.877,69 EUR) an.

Da die Namenspapiere im Regelfall bis zur Endfälligkeit gehalten werden, fallen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip grundsätzlich keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert (Kurswert) an.

Strukturierte Produkte aus der Verbindung eines Kassainstrumentes mit einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten werden, auch wenn die derivativen Finanzinstrumente einem über das Zinsrisiko hinausgehenden Marktpreisrisiko unterliegen, unzerlegt bilanziert.

Wertpapiere und Anteile (Bilanzposten Aktiva II.3), die bisher zu Anschaffungskosten nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt wurden, werden ab dem Wirtschaftsjahr 2007 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dies führte im Jahr 2007 zu außerplanmäßigen Abschreibungen bei den Inhaberschuldverschreibungen und Anteilen am Exchange Traded Fund von 6.133.767,27 EUR aufgrund gesunkener Kurswerte im Vergleich zu den bisherigen Buchwerten zu Anschaffungskosten.

Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, die Zins- und Mietforderungen sowie die sonstigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalbeträgen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen, angesetzt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Anlagegegenstände wurden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben.

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit erfolgte durch den Verantwortlichen Aktuar. Hier wird auf die Erläuterungen bei den jeweiligen Bilanzposten verwiesen.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen.

III. Angaben zur Bilanz

[1] Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

Hier ist der anteilige Wert der Nutzungsrechte an der Versorgungssoftware NVS-Futura ausgewiesen.

[2] Grundstücke, grundstückseigene Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Diese Kapitalanlage beinhaltet mit 673.614,67 EUR das Verwaltungsgebäude Jakordenstraße und mit 2.180.476,43 EUR das Wohngebäude Böckingstraße, Rheingalerie Haus C.

Für das Verwaltungsgebäude wurden planmäßige Abschreibungen von 198.293,51 EUR vorgenommen. Die planmäßige Abschreibung für das Wohngebäude erfolgte in Höhe von 27.950,37 EUR.

[3] Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Wertpapiere Sparkasse KölnBonn	45.260.708,74 EUR
Darlehen an die Stadtwerke Köln GmbH	16.440.520,51 EUR
Darlehen an die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln GmbH	13.809.497,12 EUR
Sonstige Namensschuldverschreibungen	278.054.307,31 EUR
Summe	353.565.033,68 EUR

[4] Wertpapiere und Anteile, soweit sie nicht zu anderen Posten gehören

Inhaberschuldverschreibungen	55.802.327,20 EUR
KÖZU-Fonds	44.087.721,04 EUR
Exchange Traded Fund (ETF)	2.447.047,50 EUR
Summe	102.337.095,74 EUR

Die Umstellung der Bewertungsmethode auf das strenge Niederstwertprinzip führte im Wirtschaftsjahr 2007 zu außerplanmäßigen Abschreibungen (Hinweis auf Abschnitt II.), da der überwiegende Teil der Inhaberschuldverschreibungen und die ETF-Anteile zum Bi-

lanzstichtag niedrigere Kurswerte aufwiesen als die entsprechenden bisherigen Buchwerte zu Anschaffungskosten. Stille Lasten bestehen nach Umstellung der Bewertungsmethode bei diesen Wertpapieren und Anteilen nicht mehr.

Der KÖZU-Fonds wies zum Bilanzstichtag einen höheren Kurswert als die bisher bilanzierten Anschaffungskosten aus, so dass es hier bei der Bilanzierung des niedrigeren Anschaffungswertes zum Bilanzstichtag bleibt. Nach wie vor bestehen hier stille Reserven.

[5] Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten

Berücksichtigt sind die am Bilanzstichtag vorhandenen Termin- und Festgeldanlagen der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung. Die verzinsten täglich verfügbaren Geldanlagen sind in dem Posten „Laufende Guthaben bei Kreditinstituten“ unter der Verweisziffer [10] enthalten.

[6] Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Zusatzversorgungseinrichtungen

Es handelt sich um Forderungen aus Überleitungen von Versicherungsverhältnissen der Pflichtversicherung.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

[7] Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Mitglieder und Versicherte

Diese Forderungen enthalten Umlagen und Zusatzbeiträge für Dezember 2007 sowie sonstige Forderungen an Mitglieder in Höhe von insgesamt 9.233,96 EUR, die am Bilanzstichtag noch nicht eingegangen waren. Ebenso sind hier Beitragsforderungen der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 1.901,21 EUR dargestellt.

Außerdem sind hier in Höhe von 4.798,68 EUR Forderungen aus überzahlten Rentenleistungen ausgewiesen.

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr beträgt 3.006,13 EUR.

[8] Betriebs- und Geschäftsausstattung

Der Posten hat sich im Wirtschaftsjahr wie folgt entwickelt:

Anfangsbestand	17.014,85 EUR
Zugang	11.644,96 EUR
Planmäßige Abschreibungen/Abgänge	- 5.832,22 EUR
Summe	<u>22.827,59 EUR</u>

[9] Schecks, Kassenbestand und Bundesbankguthaben

Hier handelt es sich um den Bargeldbestand der Kasse per 31.12.2007.

[10] Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Es handelt sich um den Guthabenbestand der Girokonten und der sonstigen verzinster täglich verfügbaren Geldanlagen bei der Sparkasse KölnBonn (SKB) und der PSD Bank Köln eG (PSD) am Bilanzstichtag 31.12.2007, der sich aus folgenden Kontoständen ergibt:

Girokonto SKB Pflichtversicherung	503.526,57 EUR
Girokonto SKB Verwaltung Immobilie Haus C	4.965,88 EUR
Girokonto SKB Freiwillige Versicherung	3.031,53 EUR
Girokonto PSD Pflichtversicherung	935,89 EUR
Direktkonto SKB Pflichtversicherung	6.000,00 EUR
Tagesgeldkonto SKB Pflichtversicherung	4.622.000,00 EUR
Tagesgeldkonto SKB Freiwillige Versicherung	366.000,00 EUR
Summe	<u>5.506.459,87 EUR</u>

[11] Zins- und Mietforderungen

Abgegrenzte Zinsen aus Darlehen und Wertpapieren	9.533.147,53 EUR
Miet- und Nebenkostenforderungen Wohngebäude	<u>5.376,72 EUR</u>
Summe	9.538.524,25 EUR

[12] Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände

Hier handelt es sich um Forderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kasse aus als Darlehen gewährten Gehalts- bzw. Besoldungsvorschüssen in Höhe von 17.516,78 EUR sowie um sonstige Forderungen in Höhe von 5.810,68 EUR.

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr beträgt 17.516,78 EUR.

[13] Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Renten für Januar 2008 (fällig 31.12.2007)	6.790.235,25 EUR
RGO-Leistungen für Januar 2008 (fällig 31.12.2007)	29.954,44 EUR
Agio Namenswertpapiere	2.786.281,72 EUR
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	<u>39.470,02 EUR</u>
Summe	9.645.941,43 EUR

[14] Verlustrücklage Freiwillige Versicherung gemäß § 57 der ZVK-Satzung

In diesem Posten ist der Betrag der Verlustrücklage gemäß § 57 der ZVK-Satzung ausgewiesen. Der Betrag entspricht dem Vorjahresbestand zuzüglich der aufgrund des Jahresergebnisses 2007 durch den Verantwortlichen Aktuar ermittelten und unter Verweisziffer [49] ausgewiesenen Zuführung.

[15] Rückstellung für das Teilvermögen gemäß § 56 Absatz 2 Satz 1 der ZVK-Satzung

Dieser Posten beinhaltet die bisherige umlagefinanzierte Rückstellung für künftige Versicherungsleistungen. Der Betrag entspricht dem Vorjahresbestand zuzüglich der aufgrund des Jahresergebnisses 2007 durch den Verantwortlichen Aktuar ermittelten und unter Verweisziffer [40] ausgewiesenen Zuführung.

[16] Teildeckungsrückstellung gemäß § 56 Absatz 2 Satz 2 der ZVK-Satzung

Hier ist das zum Übergang in eine Kapitaldeckung angesparte Vermögen ausgewiesen. Dieses teilt sich auf in 65.698.913,01 EUR der individuellen Kapitaldeckung und 56.640.221,60 EUR der kollektiven Kapitalstärkung. Die Rückstellung wurde gemäß dem Gutachten des Verantwortlichen Aktuars für das Geschäftsjahr 2007 gebildet und basiert auf dem Technischen Geschäftsplan für die Pflichtversicherung nach dem Stand vom 1. März 2008. Als Ausscheideordnung werden dabei die „Richttafeln 1998“ von Professor Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % während der Anwartschaftsphase und 5,25 % während der Leistungsphase. Als Verwaltungskostensatz werden für laufende Verwaltungskosten 2 % der Beiträge und für die Rentenlaufzeit 1 % der Renten angesetzt.

[17] Rückstellung für Leistungsverbesserung gemäß § 58 Absatz 1 Satz 2 der ZVK-Satzung

Nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars aufgrund des Jahresergebnisses 2007 ergibt sich für diese Rückstellung keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

[18] Deckungsrückstellung in der Freiwilligen Versicherung gemäß § 56 Absatz 3 der ZVK-Satzung

Der Betrag entspricht dem Vorjahresbestand zuzüglich der Zuführung 2007 gemäß Verweisziffer [40]. Die Berechnung dieser Rückstellung erfolgte in dem Versicherungsmathematischen Gutachten für das Geschäftsjahr 2007 des Verantwortlichen Aktuars. In der ausgewiesenen Deckungsrückstellung sind eine Verwaltungskostentrückstellung und eine Rückstellung für Biometrie enthalten. Die Rechnungsgrundlagen stimmen im Übrigen mit denen für die Berechnung der oben beschriebenen Teildeckungsrückstellung in der Pflichtversicherung überein.

[19] Rückstellung für Leistungsverbesserung in der Freiwilligen Versicherung gemäß § 58 Absatz 1 Satz 1 der ZVK-Satzung

Im Jahr 2007 konnte dieser Posten entsprechend der Verweisziffer [39] nicht gestärkt werden, da sämtliche Überschüsse aus der Freiwilligen Versicherung zunächst zur Bildung der vorgeschriebenen Verlustrücklage (Solvabilität) verwendet werden müssen, bis diese die erforderliche Höhe erreicht hat.

[20] Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber anderen Zusatzversorgungseinrichtungen

Es handelt sich um Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zusatzversorgungseinrichtungen aus Überleitungen von Versicherungsverhältnissen der Pflichtversicherung.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

[21] Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Mitgliedern oder Versicherten

Es handelt sich unter anderem um Verbindlichkeiten aus der Verwaltung von vorläufig einbehaltenen Rentenleistungen sowie um Rückzahlungsansprüche Dritter. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

[22] Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich um die seit dem Wirtschaftsjahr 1998 vorgenommene Rückstellung für anteilige Pensionsverpflichtungen gegenüber den bei der ZVK aktiv beschäftigten und ehemaligen Beamtinnen und Beamten der Stadt Köln. Die Dotierung der Rückstellung für 2007 erfolgte nach den Berechnungen eines versicherungsmathematischen Gutachtens und entspricht grundsätzlich dem Teilwertverfahren gemäß § 6 a EStG. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2005 G von Professor Dr. Klaus Heubeck. Abweichend von den steuerrechtlichen Vorgaben wurde ein vorsichtigerer Rechnungszins von 4,5 % anstelle von 6 % zugrunde gelegt.

Mit Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ (NKF) bei der Stadt Köln ab dem Jahr 2009 wird sich diese Berechnung an den Erfordernissen des NKF orientieren müssen, damit eine entsprechende „Stadt Köln“-Konzernbilanz erstellt werden kann und deckungsgleiche Werte auf der Passivseite der ZVK und der Aktivseite der Bilanz der Stadt Köln ausgewiesen werden können. Die zu bilanzierenden Werte werden dann von der Stadt Köln, als Dienstherr der bei der ZVK der Stadt Köln beschäftigten aktiven und ehemaligen Beamtinnen und Beamten, ermittelt und nach eventuell erforderlicher Abstimmung mit einem durch das NKF gesetzlich vorgeschriebenen Rechnungszins von 5 % bilanziert. Größere finanzielle Auswirkungen sind hierdurch nicht zu erwarten.

[23] Sonstige Rückstellungen

Urlaubsansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	38.969,38	EUR
Beihilferückstellung	216.858,00	EUR
Rückstellung für Altersteilzeit	81.326,00	EUR
Rückstellung Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	1.800,00	EUR
Kosten Versicherungsmathematik/Aktuar	17.850,00	EUR
Interne Jahresabschlusskosten	15.000,00	EUR
Externe Jahresabschluss- und Prüfkosten	22.912,00	EUR
Rückstellung für Sonstiges	14.517,40	EUR
Summe	409.232,78	EUR

Die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen und Altersteilzeit erfolgte durch ein entsprechendes versicherungsmathematisches Gutachten. Bei den Rückstellungen für Versicherungsmathematik/Aktuar und den externen Jahresabschlusskosten wurden die Vorjahreskosten zuzüglich gegebenenfalls erwarteter Kostensteigerungen angesetzt. Die im Vorjahr erstmalig gebildeten Rückstellungen für interne Jahresabschlusskosten und Kosten durch die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen bleiben in unveränderter Höhe bestehen.

Für einige betriebliche Aufwendungen, die noch das Jahr 2007 betreffen, wurde eine Rückstellung „Sonstiges“ gebildet, da die entsprechenden Kostenabrechnungen der Dienstleister zum Jahresabschluss noch nicht vorlagen.

[24] Sonstige Verbindlichkeiten

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten ist gegenüber den Vorjahren aufgrund einer Änderung der Abbuchungstermine des Personalamtes keine Verbindlichkeit aus der Personalkostenrechnung für Dezember des Jahres mehr enthalten, da die Abbuchung nunmehr periodengerecht noch im Dezember des Jahres erfolgt.

[25] Rechnungsabgrenzungsposten

Unter diesem Posten wird unter anderem die Mietvorauszahlung der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse Köln (GBK Köln) als Mieterin im Verwaltungsgebäude Jakor-denstr. 18 - 20 ausgewiesen. Diese Vorauszahlung wird mit jährlich 30.677,52 EUR (= 60.000,00 DM) auf den Mietzins verrechnet.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

[26] Umlagen

Die Erträge aus Umlagen sind gegenüber dem Vorjahr um 700.138,06 EUR (1,15 %) gestiegen. Der Umlagesatz betrug unverändert 5,8 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

[27] Zusatzbeiträge

Im Jahr 2007 wurde ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldecke in Höhe von 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes erhoben.

[28] Sonstige Erträge

In insgesamt 44 Fällen wurden von anderen Zusatzversorgungskassen, mit denen eine entsprechende Überleitungsvereinbarung besteht, Beiträge an die ZVK übergeleitet bzw. ein Barwertausgleich durchgeführt.

Weiterhin sind in diesem Posten Einnahmen zur Abwendung der Rentenkürzung wegen Versorgungsausgleiches sowie die Zahlung eines Zuschlags zur Umlage durch zwei Mitglieder enthalten.

Ferner werden unter dieser Position die Erstattungen der Rentenzahlungen nach der RGO durch die Arbeitgeber ausgewiesen (siehe auch Verweisziffer [36]).

[29] Beiträge zur Freiwilligen Versicherung

Hier sind die für das Jahr 2007 eingegangenen Beiträge zur Freiwilligen Versicherung ausgewiesen.

[30] Zulagen

In diesem Posten sind die im Jahr 2007 durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (ZfA) überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung ausgewiesen. Diese werden wie die Beiträge dem jeweiligen Versicherungskonto gutgeschrieben und entsprechend der Punktetabelle bewertet.

[31] Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet jährlich die Gegenwertzahlung für die Vertragsübertragung von anderen Altersvorsorgeanbietern. Im Jahr 2007 fielen hier keine Geschäftsvorfälle an.

[32] Erträge aus der Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen

Aufgrund der versicherungsmathematischen Berechnungen durch den Verantwortlichen Aktuar kommt es zu keiner Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen.

[33] Erträge aus Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten

Der Betrag beinhaltet mit 145.668,89 EUR die Miet- und Nebenkosteneinnahmen des Wohngebäudes Böckingstraße, Rheingalerie Haus C, sowie das Mietentgelt und die anteiligen Mietnebenkosten für den vermieteten Teil des Verwaltungsgebäudes Jakor-denstraße in Höhe von 222.951,30 EUR.

[34] Zinsen und ähnliche Erträge

Es handelt sich um die Erträge aus Vermögensanlagen der ZVK.

Darlehen an die Stadt Köln	15.179,02 EUR
Darlehen an die Stadtwerke Köln GmbH	893.866,10 EUR
Darlehen an die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln GmbH	652.671,72 EUR
Wertpapiere der Sparkasse KölnBonn	2.359.808,10 EUR
Ertragsausschüttung KÖZU-Fonds	2.431.494,17 EUR
Ertragsausschüttung Exchange Traded Fund	49.021,65 EUR
Namenswertpapiere	13.209.848,44 EUR
Inhaberschuldverschreibungen	2.221.633,33 EUR
Termin- und Festgeldzinsen	291.411,10 EUR
Abschreibung Agio Namenswertpapiere	- 479.810,15 EUR
Summe	21.645.123,48 EUR

Die Agien von überpari erworbenen Namenswertpapieren werden bilanziell nicht mehr als Kapitalanlagen, sondern als Rechnungsabgrenzungsposten geführt. Da die Agien letztlich Zinszahlungen darstellen, ist die Abschreibung der Agien ertragsmindernd bei den Zinserträgen zu berücksichtigen.

[35] Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen und aus Zuschreibungen

Der Posten weist den Betrag aus, der aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und höherem Verkaufs- bzw. Fälligkeitwert bei Wertpapieren entstanden ist.

[36] Aufwendungen für Versicherungsfälle in der Pflichtversicherung

- Rentenleistungen (81.282.689,81 EUR)

Die Rentenleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um 2,07 % (Vorjahr + 1,27 %) gestiegen. Maßgeblich für diese Steigerung ist im Wesentlichen die zum 01.07.2007 vorgenommene Dynamisierung der Betriebsrenten sowie die leichte Zunahme bei der Anzahl der Betriebsrentenempfängerinnen und Betriebsrentenempfänger.

- Sterbegelder (136.932,00 EUR)

Es wurde in 420 Fällen Sterbegeld (Vorjahr 400) gezahlt. Das durchschnittliche im Jahr 2007 ausgezahlte Sterbegeld, teilweise noch für Sterbefälle aus Vorjahren, betrug 326,03 EUR (Vorjahr 614,72 EUR). Maßgebend für diese Absenkung ist der für Sterbefälle des Jahres 2007 geltende Höchstbetrag des Sterbegeldes in Höhe von 300,00 EUR (Vorjahr 600,00 EUR).

- Abfindungen (44.849,89 EUR)

In 19 Fällen wurden Renten aus der Pflichtversicherung nach der ZVK-Satzung abgefunden.

- RGO-Renten (32.501,74 EUR)

Die Rentenzahlungen nach der RGO stellen durchlaufende Posten dar, da sie von den Arbeitgebern in voller Höhe erstattet werden (siehe auch Verweisziffer [28]). Bei dem hier vorstehend ausgewiesenen Betrag handelt es sich um einen noch zu erstattenden Monatsbetrag.

[37] Aufwendungen für Versicherungsfälle in der Freiwilligen Versicherung

- Rentenleistungen

Die Rentenleistungen für die bis zum 31.12.2007 eingetretenen Versicherungsfälle in der Freiwilligen Versicherung betragen 18.472,32 EUR.

- Abfindungen

In einem Fall wurde Rente aus der Freiwilligen Versicherung nach den vertraglich geltenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen abgefunden.

[38] Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewähr

In 60 Fällen wurden Beiträge an andere Zusatzversorgungskassen, mit denen ein entsprechendes Abkommen besteht, übergeleitet bzw. ein Barwertausgleich durchgeführt.

In 55 Fällen wurden beitragsfrei Versicherten die gezahlten Beiträge bzw. die Eigenbeteiligung an der Umlage erstattet.

In der Freiwilligen Versicherung wurde an zehn Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer nach Vertragskündigung eine Beitragsabfindung gezahlt.

Weiterhin werden hier die Erstattungsleistungen an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen des Versorgungsausgleiches sowie die Rückzahlungen von Zulagen an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (ZfA) erfasst.

[39] Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen

Da nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars die Rückstellung für Leistungsverbesserung gegenüber dem Vorjahr unverändert bleibt, ergeben sich in diesem Jahr keine Aufwendungen.

[40] Aufwendungen aus der Erhöhung versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Aufwendungen für die Erhöhung der Rückstellung für Teilvermögen und der Teildeckungsrückstellung der Pflichtversicherung sowie der Deckungsrückstellung der Freiwilligen Versicherung resultieren aus den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars.

[41] Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

- Personalkosten

Besoldung der Beamtinnen und Beamten	508.316,52 EUR
Vergütung an Beschäftigte	508.930,67 EUR
Summe	<u>1.017.247,19 EUR</u>

In den Personalkosten sind die Rückstellungen für im Jahr 2007 nicht in Anspruch genommenen Erholungsurlaub sowie für Altersteilzeit berücksichtigt. Die Personalkosten mit Ausnahme der Urlaubsrückstellung und der Rückstellung für Altersteilzeit werden von der Kasse an die Stadt Köln erstattet.

- Sonstiger Personalaufwand 1.506,45 EUR

Hierbei handelt es sich zum Beispiel um die Übernahme von Kosten für Bildschirmarbeitsbrillen und um Jubiläumszuwendungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung

Sozialabgaben	100.787,93 EUR
Versorgungsumlage	7.718,34 EUR
Versorgungsbezüge an ehemalige Beamtinnen und Beamte	323.117,11 EUR
Beihilfen	110.577,43 EUR
Zusätzliche Altersversorgung	46.598,86 EUR
Summe	<u>588.799,67 EUR</u>

In den Beträgen für Versorgungsbezüge an ehemalige Beamtinnen und Beamte und in den Beihilfen sind Zuführungen an die entsprechenden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 232.844,00 EUR enthalten. Diese Rückstellungen wurden aufgrund entsprechender versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt.

- Aufwand für EDV 194.456,55 EUR

Der Posten beinhaltet mit 117.213,23 EUR die Kosten der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden und der Bayerischen Versicherungskammer für die Nutzung des dortigen Rechenzentrums sowie mit 77.243,32 EUR die Kosten für Betrieb, Reparatur und Wartung der kasseneigenen EDV-Einrichtungen und die Nutzung der vom Rechenzentrum der Stadt Köln zur Verfügung gestellten Leistungen.

- Vergütung für bezogene Dienstleistungen VKE (Verwaltungskostenerstattung), BKE (Betriebskostenerstattung), FKE (Fallkostenerstattung)	
VKE Arbeitssicherheitstechnischer Dienst (für zwei Jahre)	900,00 EUR
VKE Arbeitsmedizinischer Dienst	500,00 EUR
BKE Rechtsamt	5.002,00 EUR
BKE für Fortbildungsmaßnahmen	2.100,00 EUR
BKE für Informationsverarbeitung	815,00 EUR
BKE Sonstige Einrichtung für Verwaltungsangehörige	3.700,00 EUR
FKE Beihilfekasse	3.352,78 EUR
BKE Personalamt	23.900,00 EUR
BKE Rechnungsprüfungsamt	10.400,00 EUR
BKE Zentrale Dienste (für zwei Jahre)	<u>4.000,00 EUR</u>
Summe	54.669,78 EUR
- Telefon- und Postgebühren	59.077,09 EUR
- Bürobedarf	10.132,86 EUR
- Sonstige Abschreibungen	95.144,54 EUR
Es handelt sich hier um planmäßige Abschreibungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung und bei den immateriellen Vermögensgegenständen.	
- Sonstiger Aufwand	64.588,93 EUR
Hierunter fallen zum Beispiel Energie- und Reinigungskosten, Versicherungsbeiträge, Bücher, Zeitschriften, Druckaufträge, Dienstreisen, Kontoführungsgebühren.	

In den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb ist ein Verwaltungskostenanteil der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 52.535,34 EUR enthalten.

[42] Abschreibungen für Kapitalanlagen

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 226.243,88 EUR und um außerplanmäßige Abschreibungen auf Wertpapiere und Anteile (Inhaberschuldverschreibungen und Investmentanteile) in Höhe von 6.133.767,27 EUR. Die außerplanmäßigen Abschreibungen resultieren aus der Bewertungsänderung dieser Wertpapiere auf das strenge Niederstwertprinzip ab dem Wirtschaftsjahr 2007. Der überwiegende Teil der Inhaberschuldverschreibungen und die Anteile am Exchange Traded Fund waren auf den zum Bilanzstichtag geringeren Börsenkurswert abzuschreiben. Hierzu wird auch auf die Ausführungen im Abschnitt II. und Anmerkung [4] verwiesen.

[43] Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Im Rahmen der Veräußerung einer Inhaberschuldverschreibung im Tausch gegen den Erwerb eines wesentlich renditestärkeren Wertpapiers entstanden in diesem Jahr Kursverluste in Höhe von 48.828,08 EUR, die jedoch durch die erzielte höhere Rendite bereits im Wirtschaftsjahr 2007 wieder ausgeglichen wurden.

Für eine weitere Inhaberschuldverschreibung, die überpari gekauft worden war und zum Fälligkeitstermin in Höhe des Nennwertes getilgt wurde, entstand ein Kursverlust in Höhe von 7.054,68 EUR.

[44] Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen

Der Posten beinhaltet allgemeine Aufwendungen für den Betrieb der Immobilien und Nebenkosten in Höhe von 47.628,36 EUR sowie Bauunterhaltungskosten mit 53.631,43 EUR. Ferner sind in diesem Posten Kosten von 2.913,12 EUR für die Wertpapierdepotkonten enthalten.

[45] Sonstige Erträge

Verwaltungskostenerstattung	8.277,50 EUR
Zinsen aus Umlagen	558,87 EUR
Zinsen aus Zusatzbeiträgen	205,93 EUR
Zinsen Tagesgeld Pflichtversicherung	206.259,38 EUR
Sonstige Zinsen Pflichtversicherung	3.334,75 EUR
Zinsen Tagesgeld Freiwillige Versicherung	9.247,21 EUR
Sonstige Zinsen Freiwillige Versicherung	93,75 EUR
Sonstige Erträge	8.804,83 EUR
Summe	<u>236.782,22 EUR</u>

[46] Sonstige Aufwendungen

Kosten Jahresabschluss	21.877,44 EUR
Versicherungsmathematische Gutachten	17.850,00 EUR
Mitgliedsbeiträge	7.824,20 EUR
Übrige Aufwendungen	1.547,72 EUR
Summe	<u>49.099,36 EUR</u>

[47] Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Bereich der Pflichtversicherung sind 22.153,45 EUR und im Bereich der Freiwilligen Versicherung 76,70 EUR an Kapitalertragsteuer angefallen.

[48] Sonstige Steuern

Hier werden die gezahlten Grundsteuern für die im Direktbestand vorhandenen Immobilien ausgewiesen.

[49] Einstellung in die Verlustrücklage der Freiwilligen Versicherung

Zur Deckung von Fehlbeträgen in der Freiwilligen Versicherung ist gemäß § 57 der ZVK-Satzung eine Verlustrücklage zu bilden. Die Dotierung dieses Postens ergibt sich aus den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars.

V. Mitglieder der Organe der ZVK

1. Kassenausschuss

Stadtdirektor Guido Kahlen

Leiter der Kasse und Vorsitzender des Kassenausschusses

Ltd. StVD Manfred Klein

Stellvertretender Kassenleiter und Stellvertretender Vorsitzender des Kassenausschusses

Mitgliederververtretung

StVD Ulrich Langner
Stadt Köln

StVD Peter Hoven
Stadt Köln

Rita Redel-Schulte
Sparkasse KölnBonn

Ltd. StVD Hans Dieter Körber
Stadt Köln

Prokurist Manfred Juchem
KVB AG

Helmut Gillessen
RheinEnergie AG

Susanne Schiffel
Flughafen Köln/Bonn GmbH
(bis 31.03.2007)
Dr. Bernhard Steinmetz
Flughafen Köln/Bonn GmbH
(ab 01.04.2007)

StOAR Hildegard Troske
Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Versichertenvertretung

Friedel Giesen-Weirich
Gesamtpersonalrat der Stadtverwaltung
Köln

Stellvertretung

Bernd Hagedorn
Gesamtpersonalrat der Stadtverwaltung
Köln

Konrad Dröschel
Personalrat
Sparkasse KölnBonn

Peter Densborn
Betriebsrat
KVB AG

Valentin Pilz
Betriebsrat
Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Theo Meuser
Betriebsrat
Abfallwirtschaftsbetriebe Köln
GmbH & Co. KG

Gerhard Vollmer
Betriebsrat
RheinEnergie AG

Karl-Heinz Ullrich
Betriebsrat
Flughafen Köln/Bonn GmbH

Gastsitze

Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG

Betriebsrat SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

2. Geschäftsführung

Ltd. StVD Thomas Engelmann

Geschäftsführer der ZVK

StVR Helmut Jope

Stellvertretender Geschäftsführer der ZVK

VI. Ergänzende Angaben

Personal:

Der Beschäftigtenstand (Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte, jedoch ohne Auszubildende) betrug unter Berücksichtigung der anteiligen Personallasten der Beihilfekasse am Jahresende umgerechnet auf Vollzeitstellen:

	2007	2006
Beamtinnen und Beamte	13,33	13,12
Beschäftigte	<u>13,13</u>	<u>13,04</u>
Summe	26,46	26,16

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen 81.280,48 EUR. Hierbei berücksichtigt wurde eine anteilige Personalkostenverrechnung des Geschäftsführers von 50,00 % zulasten der Beihilfekasse, deren Leitung dem Geschäftsführer zusätzlich obliegt. Die anteiligen Versorgungsbezüge an ehemalige Geschäftsführer betragen 12.659,64 EUR.

Datenverarbeitung:

Mit dem Systemwechsel der ZVK der Stadt Köln auf das teilweise kapitalgedeckte Rentenversicherungsverfahren und der Einführung der Freiwilligen Versicherung waren umfangreiche Änderungen in der Datenverarbeitung erforderlich, die teilweise in der vorhandenen Software vorläufig realisiert wurden. Zur vollständigen Umsetzung aller Anforderungen musste jedoch die Anwendungssoftware in Gänze abgelöst werden. Die von der EDV-Kooperationsgemeinschaft mehrerer Zusatzversorgungskassen im Bundesgebiet, zu der auch die ZVK der Stadt Köln gehört, hierzu in Auftrag gegebene neue Versorgungssoftware NVS-Futura befindet sich seit Oktober 2006 in Betrieb. Zwischenzeitlich können nahezu alle rentenrechtlichen Geschäftsvorgänge in NVS-Futura abgewickelt werden. Der auf die ZVK der Stadt Köln entfallende Anteil an den Entwicklungskosten betrug in 2006 insgesamt 893.123,23 EUR. Durch das Hinzukommen weiterer Kooperationspartner beziehungsweise –partnerinnen Ende 2007 werden zukünftig zusätzliche gemeinschaftliche Kostenvorteile realisiert werden können.

Köln, den 25.07.2008

Engelmann
Geschäftsführer

Jope
Stellvertretender Geschäftsführer